



**POSTKEYNESIANISCHE BESCHÄFTIGUNGSTHEORIE.
EINIGE PRINZIPIELLE ÜBERLEGUNGEN**

Arne Heise

Working Paper No. 72
August 2000

Abstract: In a most recent textbook on employment theory (Landmann/Jerger 1999), there is no mention of a distinct post Keynesian employment theory. This is the more surprising as the post Keynesian employment theory offers a truly macro-economic approach to the determination of the aggregate level of employment in an economy (with sets it apart from most neo-classical labour market theories) without lacking a comprehensive micro-economic foundation (as was the case with standard Keynesian employment theory). This paper intends to give a textbook-like survey of the principals of such a post Keynesian theory of employment and derives some principles for the impact of (nominal) wage policy on employment.

Keywords: Employment, Keynesianism, wage policy
JEL Classification: E12; E24;

Der Autor dank Oliver Landmann und Eckhard Hein für hilfreiche Kommentare.
Verbliebene Irrtümer bleiben nur ihm anzulasten.

Anschrift des Autors:

Wirtschaftsuniversität Wien
Institut für Volkswirtschaftstheorie und –politik
Augasse 2-6

A-1090 Wien

Tel.: +43 1 31336-4507; Fax: +43 1 31336-728
e-mail: Arne.Heise@wu-wien.ac.at

1. Einleitung

In einem jüngst erschienen Lehrbuch zur Beschäftigungstheorie¹⁾ erfährt der geneigte Leser erstaunlicherweise nichts von einer *postkeynesianischen Beschäftigungstheorie*. Zwar werden ein standardkeynesianisches Modell und diverse Varianten der neokeynesianischen Modelle rigider Güterpreise und Löhne vorgestellt, aber die vor allem aus den USA stammende ‚Theorie der effektiven Nachfrage‘²⁾, deren Ausgangspunkt eine Adaption der Kapitel 3, 19 und 20 der ‚Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Geldes und des Zinses‘ von John Maynard Keynes ist, wird vollständig ignoriert. Dies ist umso betrüblicher, als es sich hierbei um einen Versuch handelt, die Bestimmung der Beschäftigungsmenge aus der allgegenwärtigen Schablone mikroökonomischer Allokationstheorie zu lösen, ohne aber eine schlüssige Mikrofundierung schuldig zu bleiben.

Wir wollen im folgenden einen kurzen Überblick über die postkeynesianische Beschäftigungstheorie und den daraus ableitbaren Politikvorschlägen bieten. Vorher muß aber auf den theoretischen Rahmen verwiesen werden, ohne den die postkeynesianische Beschäftigungstheorie nicht wirklich verstanden werden kann: Der Postkeynesianismus setzt das von John Maynard Keynes begonnene Forschungsprogramm fort, eine die walrasianische Gleichgewichtslehre ablösende ‚mönetaire Theorie der Produktion‘ zu entwickeln³⁾, deren Grundkonstituens Gläubiger-Schuldner- oder Kreditbeziehungen sind (im Gegensatz zu den Tauschbeziehungen der neowalrasianischen Theorien) und die durch eine Hierarchie der Märkte (im Gegensatz zur Äquivalenz der Märkte in den neowalrasianischen Theorien) gekennzeichnet ist. Dies bedeutet, daß die auf den Vermögenmärkten anstehenden Entscheidungen (Haltung oder Aufgabe von Geld gegen Zins) logisch allen weiteren Entscheidungen über Produktion, Konsumtion, Arbeitsangebot und – nachfrage etc. vorgelagert sind und somit Dynamik und Bewegungsrichtung der

¹ Landmann, Oliver, Jeger, Jürgen; Beschäftigungstheorie, Berlin 1999

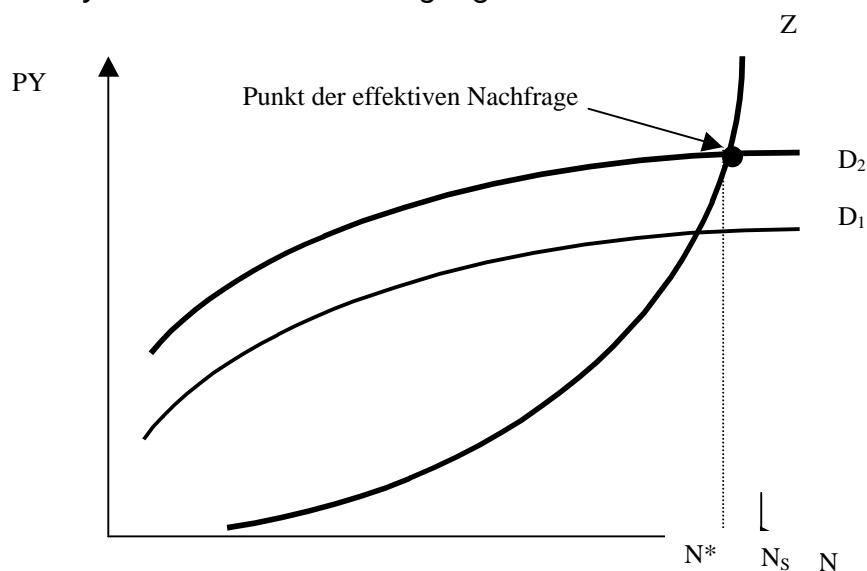
² Vgl. z.B. Chick, Victoria; *Macroeconomics after Keynes*, Oxford 1983; Davidson, Paul; *Post Keynesian Macroeconomic Theory*, Aldershot 1994; Kregel, Jan; *Die Theorie der Arbeitsnachfrage und des Arbeitsangebots – die keynesianische Sichtweise*; in: Matzner, E., Kregel, J., Roncaglia, A. (Hrsg.); *Arbeit für alle ist möglich*, Berlin 1987, S. 39 – 54; Palley, Thomas; *Post Keynesian Economics*; Houndsmill/London 1996; Weintraub, Sidney; *The micro-foundations of aggregate demand and supply*; in: *The Economic Journal*, Vol.67, 1957, S. 455 - 470.

Entwicklung einer monetären Produktionsökonomie bestimmen.⁴⁾ Hieraus ergibt sich, daß die folgenden Ausführungen über den postkeynesianischen Beschäftigungsmarkt immer im Gesamtzusammenhang der Markthierarchie gesehen werden muß und partialanalytische Betrachtungen notwendigerweise zu kurz greifen.

2. Der postkeynesianische Beschäftigungsmarkt

Abbildung 1 beschreibt die Bestimmung der Beschäftigungsmenge N^* im Schnittpunkt (Punkt der effektiven Nachfrage) von aggregierter Nachfrage D und aggregiertem Angebot Z :

Abbildung 1: Postkeynesianischer Beschäftigungsmarkt



Die aggregierte Angebotsfunktion Z spezifiziert jene Verkaufserlöse, die eine Beschäftigungsmenge erwarten lassen muß, wenn sie von den Unternehmen (in aggregierter Form) nachgefragt werden soll:

$$(1) \quad \text{Aggregierte Angebotsfunktion: } Z = f(N) \quad ; \text{ mit } Z' > 0 \text{ und } Z'' > 0$$

³ Vgl. Keynes, John Maynard; A Monetary Theory of Production; in: Der Stand und die nächste Zukunft der Konjunkturforschung: Festschrift für Arthur Speithoff, München 1933

⁴ Einen Überblick über die Theorie der monetären Produktionsökonomien geben: Betz, Karl; Ein monetärkeynesianisches makroökonomisches Gleichgewicht, Marburg 1993; Heise, Arne; Tauschwirtschaft und Geldökonomie, Frankfurt 1991.

Die aggregierte Nachfragefunktion D umfaßt die aggregierte Nachfrage nach Konsumgütern D_1 und die aggregierte Nachfrage nach Investitionsgütern D_2 :

$$(2) \quad \text{Aggregierte Nachfragefunktion: } D = D_1 + D_2$$

Beide Funktionen, die aggregierte Nachfrage- wie auch die aggregierte Angebotsfunktion, unterstellen die Kenntnis eines für die Analyse zunächst als exogen angenommenen Nominallohnsatz \bar{w} .

Die Konsumgüternachfrage D_1 nutzt das keynesianische ‚psychologische Gesetz der Konsumtion‘, wonach gilt:

$$(3) \quad D_1 = f(Y) \text{ und } Y = f(N) \rightarrow D_1 = f(N) \quad ; \text{ mit } D_1' > 0 \text{ und } D_1'' < 0$$

Mit steigenden (Lohn-)Einkommen ($Y = \bar{w} N$) steigt also die Konsumnachfrage unterproportional.

Der Einfachheit halber wird die Investitionsnachfrage als exogen gegeben unterstellt:

$$(4) \quad D_2 = \text{autonom}$$

Da der postkeynesianische Beschäftigungsmarkt die Beschäftigungsmenge N^* als Aggregation individueller Unternehmensentscheidungen auffaßt, kann an dieser Stelle das Arbeitsangebot N_s als jenes (gegebene) Arbeitsangebot verstanden werden, das bei herrschendem Nominallohnsatz am Beschäftigungsmarkt angeboten wird. Es gibt zunächst keinen Grund, weshalb das exogene Arbeitsangebot N_s und die nunmehr bestimmte Arbeitsnachfrage N^* übereinstimmen sollten. Unterbeschäftigung (Arbeitslosigkeit) ist also ein ‚normales‘ Ergebnis (d.h. gleichgewichtiges Ergebnis, denn der Punkt der effektiven Nachfrage impliziert eine Übereinstimmung von aggregierter Nachfrage und aggregiertem Angebot) des postkeynesianischen Beschäftigungsmarkt.

3. Die Mikrofundierung der aggregierten Angebotsfunktion

Der Keynesianismus wird häufig mit ‚Nachfrageorientierung‘ gleichgesetzt, was implizit eine Vernachlässigung der Angebotsseite der Volkswirtschaft – auf die sich dann konsequenterweise die Angebotsökonomik neoklassisch-monetaristischer Herkunft konzentrierte – bedeutet. Tatsächlich aber hat sich J.M. Keynes in seiner ‚Allgemeinen Theorie‘ ausführlich mit den Angebotsbedingungen befaßt (in Kapitel 3): Der ‚Punkt der effektiven Nachfrage‘, in dem die gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsmenge determiniert ist, wird durch den Schnittpunkt von aggregierter Angebots- und aggregierter Nachfragefunktion beschrieben. Die aggregierte Angebotsfunktion faßt die Entscheidungen der Produzenten, ein Güterangebot zu unterbreiten, welches mit einer spezifischen Arbeitsnachfrage verbunden ist, zusammen. Das mikroökonomische Kalkül ist einfach: Es wird lediglich unterstellt, die Unternehmen folgten dem Ziel der Gewinnmaximierung und es existiere ein herkömmlicher produktionstheoretischer Zusammenhang zwischen Output Y und Beschäftigung N . Dann gilt für die einzelne Unternehmung:

$$(5) \quad G = PY - wN - rK = \max!$$

(mit G = Gewinn; P = Preisniveau; Y = realer Output; w = Nominallohn; N = Beschäftigungsvolumen; r = Nominalzins; K = Kapitalstock)

Der Kapitalstock K sei gegeben und der Nominalzins r und der Nominallohnsatz w seien konstant, dann kann die Maximierungsaufgabe folgendermaßen gelöst werden:

$$(6) \quad 0 = P dY - w dN$$

und

$$(7) \quad \frac{dY}{dN} = \frac{w}{P}$$

Der Reallohn entspricht bei Gewinnmaximierung also dem Grenzprodukt der Arbeit. Daraus läßt sich ableiten, daß das Preisniveau P dem Produkt aus Nominallohnsatz w und dem reziproken Wert des Grenzproduktes der Arbeit entsprechen muß:

$$(8) \quad P = w \frac{dN}{dY} \quad ; \quad \text{mit} \quad \frac{dN}{dY} = \frac{1}{p}$$

$$(9) \quad P = \frac{w}{p}$$

Dieser Ausdruck läßt sich erweitern um den realen Output Y:

$$(10) \quad PY = \frac{w}{p} Y$$

Tautologisch gilt:

$$(11) \quad Y = \frac{Y}{N} N$$

Indem wir Gl. (7) in Gl. (6) einsetzen, ergibt sich:

$$(12) \quad PY = \frac{w}{p} \frac{Y}{N} N \quad ; \text{ mit } \frac{Y}{N} = A \text{ (Durchschnittsproduktivität der Arbeit)}$$

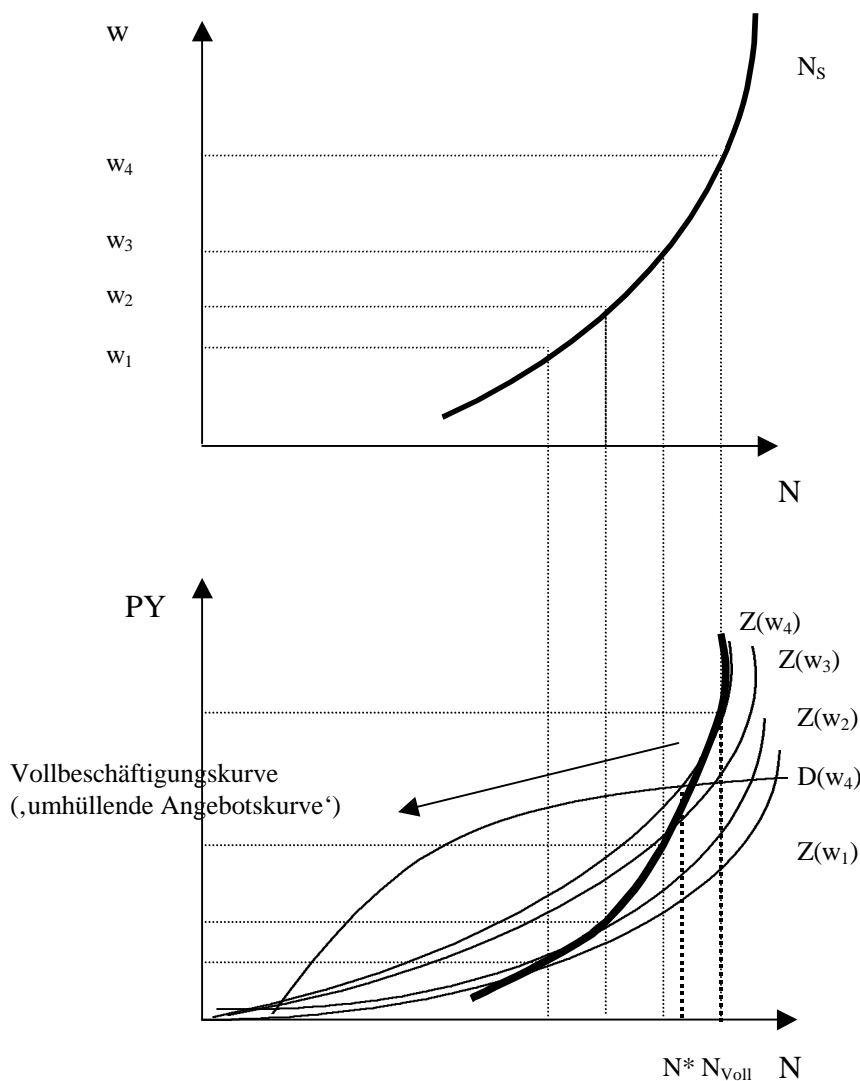
$$(13) \quad PY = \frac{w}{p} AN \text{ (= aggregierte Angebotsfunktion Z)}$$

Die Lage der aggregierte Angebotsfunktion Z wird also bestimmt durch den exogen gegebenen Nominallohnsatz w und dem Verhältnis von bei steigender Beschäftigung abnehmender Grenz- und Durchschnittsproduktivität der Arbeit: $\delta Z_N > 0$; $\delta^2 Z_N > 0$.

Die aggregierte Angebotsfunktion Z gibt also jene Erlöse an, die ein gegebener Bestand an Unternehmen mindesten erzielen muß, um eine bestimmte Beschäftigungsmenge unter Gewinnmaximierungsbedingungen überhaupt nachzufragen. Grenz- und Durchschnittsproduktivität der Arbeit seien durch die jeweils herrschende Produktionstechnologie vorgegeben, dann verbleibt der Nominallohnsatz als wesentliche Veränderliche, die auf die Lage der aggregierten Angebotsfunktion wirkt. Wir wollen unterstellen, daß die Arbeitnehmer eine Reallohnorientierung verfolgen und ein steigendes Arbeitsangebot in traditioneller Weise mit zunehmendem Grenzleid verbunden sei. Bei (aus Sicht des Individuums) gegebenem Preisniveau läßt sich nun folgende Vollbeschäftigungskurve konstruieren (vgl. Abb. 2): Bei variablem Nominallohnsatz ergeben sich unterschiedliche Gleichgewichtssituationen, in denen das Arbeitsangebot (in Abhängigkeit vom

erwarteten Reallohnsatz $\frac{w}{P}$) mit der Arbeitsnachfrage (in Abhängigkeit vom jeweiligen Nominallohnsatz) übereinstimmt. Die Verbindung der so konstruierten Gleichgewichtspunkte ergibt eine ‚umhüllende Angebotskurve‘, auf der für jeden Punkt gilt $N_s = N_D$. Ob tatsächlich Vollbeschäftigung die Lage einer Volkswirtschaft kennzeichnet, hängt nun davon ab, ob die aggregierte Nachfragefunktion D (hier: in Abhängigkeit z.B. vom Nominallohnsatz w_4) die aggregierte Angebotsfunktion Z (hier: in Abhängigkeit vom entsprechenden Nominallohnsatz w_4) gerade im Vollbeschäftigungspunkt (N_{Voll}) schneidet oder nicht (N^*). Dazu müssen wir die aggregierte Nachfragefunktion etwas genauer betrachten.

Abbildung 2: Die Vollbeschäftigungskurve



4. Die aggregierte Nachfragefunktion

Die aggregierte Nachfragefunktion stellt im postkeynesianischen Modell die Verbindung zwischen Mikro- und Makroebene her. Sie ist die Aggregation der individuellen Nachfragefunktionen, mit deren Hilfe aus Sicht der Unternehmen die Erwartungen über kaufkräftige (effektive) Nachfrage abgebildet werden. Hierbei sind folgende Anmerkungen von Relevanz: (1) Obwohl an dieser Stelle ein Mikrokalkül (d.h. auf der Entscheidungsebene des einzelnen Unternehmens) abgeleitet wird, spielen Makrofaktoren – d.h. das gesamtwirtschaftliche Einkommen und die daraus ableitbare Konsum- und Investitionsnachfrage – die entscheidende Rolle; (2) nicht die Realisierung einer Konsum- oder Investitionsgüternachfrage, sondern die Erwartung einer entsprechenden Realisierung begründet aus Unternehmenssicht eine Produktions- und Beschäftigungsentscheidung (die dann erst das Einkommen schafft, mit dessen Hilfe die Erwartung realisiert werden kann). Allerdings wird angenommen, daß zumindest im Punkt der effektiven Nachfrage (s. Abbildung 1) Erwartungen (ex ante) und Realisierung (ex post) zusammenfallen – somit kann auf eine explizite Erwartungsformationstheorie oder dynamische Anpassungsprozesse bei Nicht-Realisierung von Erwartungen verzichtet werden.

Die aggregierte Nachfragefunktion D setzt sich aus der Nachfrage nach Konsumgütern D_1 und Investitionsgütern D_2 zusammen. Das Mikrokalkül der Investitionsnachfrage beschreibt die Abwägung der erwarteten Rentabilität (interne Verzinsung) eines Investitionsprojektes gegen den Opportunitätskostenfaktor Kapitalmarktzins. Beide Bestimmungsgrößen der Investitionsfunktion werden als von der Beschäftigungsmenge N unabhängig angenommen, weshalb die Investitionsfunktion D_2 für die weitere Beschreibung des postkeynesianischen Beschäftigungsmarktes als exogen gegeben vorausgesetzt werden soll. Selbstverständlich spielt die Investitionsnachfrage und die für ihre Bestimmung notwendige Zinstheorie eine prominente Rolle im postkeynesianischen Makromodell, doch würde eine vertiefte Betrachtung den Rahmen dieses Artikels sprengen.⁵⁾

⁵ Für eine ausführliche Darlegung der postkeynesianischen Investitions- und Zinstheorie vgl. z.B. Chick, a.a.O.; Heinsohn, G., Steiger, O.; Liquiditätsprämie, Zins und Geld – oder: Warum es keine universelle Wirtschaftstheorie geben kann; in: Stadermann, H.-J., Steiger, O. (Hrsg.); Der Stand und die nächste Zukunft der Geldforschung, Berlin 1993, S. 69 – 86; Spahn, H.-P.; Investitionstheorie bei Keynes – Kritik und Weiterentwicklung; in: Hagemann,

Die aggregierte Nachfragefunktion D_1 nutzt das sogenannte ‚psychologische Gesetz der Konsumtion‘, wonach die Konsumgüternachfrage mit steigendem Einkommen unterproportional zunimmt, d.h:

$$(14) \quad C = cY + C_0; \quad \frac{dC}{dY} > 0; \quad \frac{d^2C}{dY^2} < 0$$

Der Einfachheit halber wollen wir eine ‚super-klassische Sparhypothese‘ unterstellen, d.h. die Sparquote der Gewinneinkommensbezieher sei Eins. Dann gilt:

$$(15) \quad C = c \frac{w}{P} N + C_0 \quad ; \quad \frac{dC}{dN} > 0; \quad \frac{d^2C}{dN^2} < 0$$

Da die aggregierte Angebotsfunktion in nominalen Größen (Erlöse PY) ausgedrückt wurde, muß auch die aggregierte Nachfragefunktion nominalisiert werden, indem Gl. (11) mit dem Preisniveau P multipliziert wird:

$$(16) \quad D_1 = PC = cwN + PC_0$$

Die aggregierte Nachfragefunktion steigt also mit zunehmender Beschäftigungsmenge N (und, entsprechend, steigendem gesamtwirtschaftlichem Einkommen Y) an, allerdings mit abnehmender Wachstumsrate.

5. Der Punkt der effektiven Nachfrage und das Say'sche Theorem

Die aggregierte Angebots- und Nachfragefunktion bilden zwingend einen Schnittpunkt, wenn deren Steigungsparameter ungleich sind, d.h.:

$$(17) \quad cw \neq w \frac{A}{P}$$

Bei abnehmender Grenzproduktivität der Arbeit gilt:

H., Steiger, O. (Hrsg.); Keynes' General Theory nach fünfzig Jahren, Berlin 1988, S. 355 – 376; Hein, E.; Geld, effektive Nachfrage und Kapitalakkumulation, Berlin 1997.

$$(18) \quad \frac{A}{p} > 1$$

Für die gesamtwirtschaftliche Sparquote c gilt:

$$(19) \quad c < 1$$

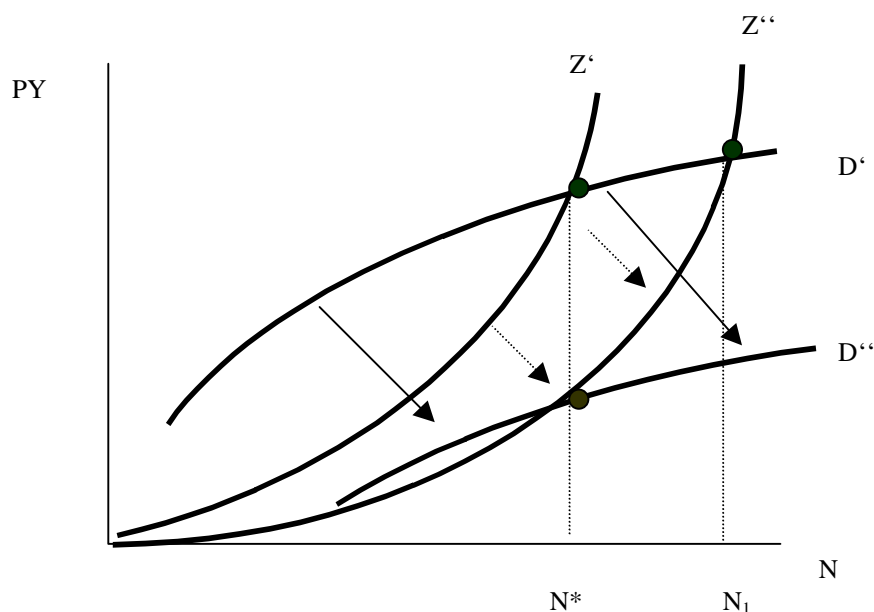
Die aggregierte Angebotsfunktion Z weist also eine größere Steigung auf als die aggregierte Nachfragefunktion D . Aufgrund des autonomen Konsums C_0 übersteigt die aggregierte Nachfrage anfänglich das aggregierte Angebot, aufgrund der unterproportionalen Steigung der Konsumausgaben aber fällt die aggregierte Nachfrage dann zwangsläufig hinter das aggregierte Angebot zurück. Im Schnittpunkt beider Funktionen ist die gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsmenge bestimmt: Es ist jene Beschäftigung, die die Unternehmen angesichts gegebener Angebotsbedingungen (gegebene Produktionstechnologie und gegebener Nominallohnsatz) und erwarteter Nachfragekonstellation (Konsumneigung und exogene Investitionstätigkeit) gerade gewinnmaximierend einzusetzen glauben. Im somit bestimmten Punkt der effektiven Nachfrage stimmen dann (aggregiertes) Angebot und (aggregierte) Nachfrage überein – die Say'sche Identität. Das Say'sche Gesetz der tradierten Theorie hingegen würde eine Identität von (aggregierter) Nachfrage- und (aggregierter) Angebotsfunktion über die gesamte Beschäftigungsdimension (d.h. $Z \equiv D$) nahelegen – mit der typischen Schlußfolgerung, daß erst die Knappheit des Produktionsfaktors Arbeit (also bei Vollbeschäftigung) einen stabilen Gleichgewichtspunkt indiziert. Im postkeynesianischen Modell hingegen gibt es a priori keinen Grund, weshalb der Punkt der effektiven Nachfrage – der ja von den Kalkülen der Unternehmen bestimmt wird – gerade einen Vollbeschäftigungspunkt anzeigen soll, worin ja gleichfalls die Arbeitsangebotskalküle der privaten Haushalte (s. Abb. 2) eingehen.

6. Unterbeschäftigung und Lohnpolitik

Im neowalrasianischen Gleichgewichtsmodell würde nun der Preisautomatismus für einen Ausgleich auf dem Arbeitsmarkt sorgen: Bei einem Überschußangebot

erzwingt eine Preissenkung (hier: Reallohnsenkung) die (Arbeits-)Markträumung. Im postkeynesianischen Modell ist der Reallohn keine von den Arbeitsmarktparteien steuerbare Variable - diese Funktion fällt dem Nominallohnsatz zu. Wie aus den Gleichungen (9) und (12) ersichtlich, geht der Nominallohnsatz w gleichermaßen in die Angebots- wie Nachfragefunktion ein. Geht man realistischerweise davon aus, daß eine Situation der Unterbeschäftigung zu einem Druck auf die (Nominal-)Lohnpolitik führt, dann müßte der Angebotspreis (vgl. Gleichung %) sinken: Bei unveränderter Grenz- und Durchschnittsproduktivität der Arbeit (die durch die Technologie, nicht aber die Tarifpolitik bestimmt werden) verschiebt sich die aggregierte Angebotsfunktion Z in Richtung Abszisse (vgl. Abb. 3).

Abbildung 3: Postkeynesianischer Beschäftigungsmarkt mit Lohnpolitik



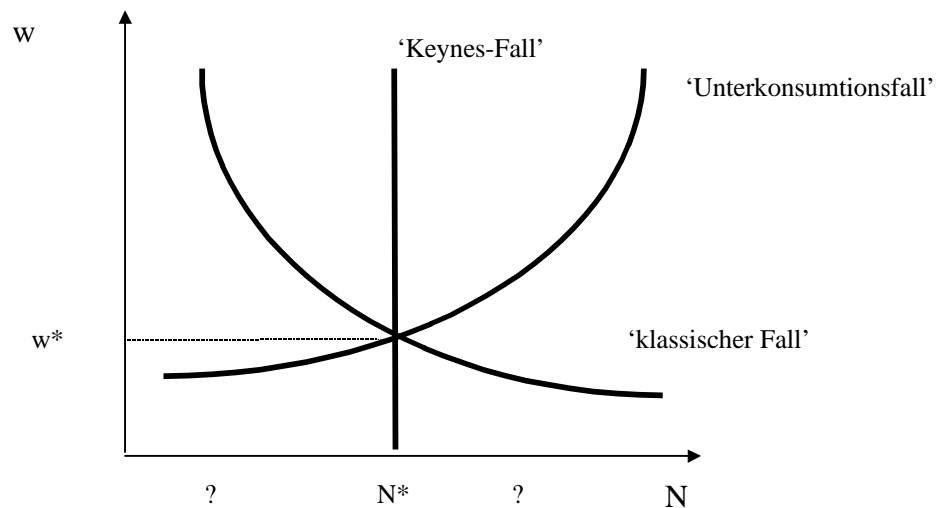
Verbliebe nun die aggregierte Nachfragefunktion auf ihrem ursprünglichen Niveau, so wäre eine Ausweitung der Beschäftigung (von N^* auf N_1) die sichere Folge. Der Nominallohnsatz müßte dann lediglich soweit sinken, bis die Arbeitslosigkeit vollständig abgebaut wäre. Aus welchem Grunde aber sollte die aggregierte Nachfrage unverändert bleiben? Da der Nominallohnsatz ein Steigungsparameter der aggregierten Konsumnachfragefunktion D_1 ist, wäre ebenfalls eine Verschiebung in Richtung Abszisse zu erwarten - es sei denn, die aggregierte Investitionsnachfrage würde positiv von einer Nominallohnsenkung berührt werden. Bislang haben wir die Investitionsnachfrage als autonom, d.h. sowohl von der Beschäftigungsmenge als

auch anderen Bestimmungsfaktoren unabhängig angenommen. Um eine Aussage über den Einfluß der Nominallohnpolitik auf die Beschäftigungsmenge machen zu können, muß diese Annahme nun aufgegeben werden. Die Investitionsnachfrage hängt von den erwarteten Erträgen eines Investitionsprojektes (interner Zins) im Verhältnis zu einer Opportunitätsgröße - den Kapitalmarktzins - ab. Die ökonomische Literatur kennt zwei konträre Effekte, die auf die Investitionsnachfrage im Falle sinkender Nominallohne wirken können: den 'Pigou- Effekt' und den 'Reverse-Pigou- oder Fisher-Effekt'⁶): Laut Gleichung (5) führt eine Senkung der Nominallohnsätze - ceteris paribus - zu einer Senkung des Preisniveaus (Deflation). Unter der Annahme eines gegebenen Vermögensbestandes (inklusive exogener Geldmenge - 'outside money') induziert die Deflation einen positiven Vermögens- oder Pigou-Effekt. Die gestiegene Realkasse führt direkt zu höherer Konsumnachfrage oder, vermittels sinkender Zinsen, zu einer Erhöhung der Investitionsnachfrage - dies entspricht der Erwartung der neowalrasianischen Arbeitsmarkttheorie ('klassischer Fall'). Wird nun aber die Geldmenge endogenisiert ('inside money') und die vermögensvernichtende Wirkung einer Deflation in Rechnung gestellt ('Fisher-Effekt'), verkehrt sich der Realkasseneffekt sogar ins Gegenteil: Die steigende Reallast der Kredite in einer Deflation des Preisniveaus reduziert gleichermaßen die Konsumnachfrage, wie sie die Illiquiditätserwartungen der Vermögensbesitzer erhöht und somit die Investitionsnachfrage reduziert⁷) - nun wäre eine Reduktion des Nominallohnsatzes mit einer Deflation des Preisniveaus und einem Beschäftigungsrückgang verbunden ('Unterkonsumtionsfall'). Im Falle einer nur moderaten Nominallohnsenkung (bzw. -erhöhung), die weder ernsthafte Deflationsgefahren noch größere Vermögenseffekte auslöst, wäre auch eine weitgehende Neutralität der (Nominal-)Lohnentwicklung hinsichtlich des Beschäftigungsvolumens vorstellbar ('Keynes-Fall', s. Abb. 3 und 4).

⁶ Vgl. Heine, Michael, Herr, Hansjörg; Volkswirtschaftslehre, München 1999, S. 411ff.

⁷ Vgl. Hagemann, Harald; Lohnhöhe und Beschäftigung in Keynes'scher Sicht; in: Hagemann, Harald, Steiger, Otto (Hrsg.); Keynes' General Theory nach fünfzig Jahren, Berlin 1986, S. 183 - 213.

Abbildung 4: Lohnpolitik und Beschäftigung



7. Schlußbemerkung

Ein detaillierter Vergleich von postkeynesianischer Beschäftigungs- und neowalrasianischer Arbeitsmarkttheorie kann hier nicht geleistet werden. Festzuhalten bleiben folgende Sachverhalte: (1) Die postkeynesianische Beschäftigungstheorie bietet eine wahrhaft makroökonomische Bestimmung des Beschäftigungsvolumens ohne Rückgriff auf die für die neowalrasianische Allokationstheorie notwendige Vorgabe eines (Vollbeschäftigungs-)Einkommens im Gleichgewicht (Says'sches Theorem). Andererseits ist die Makroökonomik des postkeynesianischen Beschäftigungsmarktes aus den Wahlhandlungskalkülen einzelner Wirtschaftssubjekte (Mikroökonomik) hinreichend ableitbar. (2) Das Beschäftigungsvolumen im Gleichgewicht ergibt sich aus den bei gegebener Technologie ableitbaren Angebotsbedingungen, der aus Sicht der Unternehmen zu erwartenden gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem mikroökonomisch hergeleiteten Arbeitsangebot der privaten Haushalte. Das Gleichgewicht ist dabei

durch eine Übereinstimmung von erwarteter gesamtwirtschaftlicher (aggregierter) Nachfrage und dem aggregierten Angebot bei gegebenem Nominallohnsatz gekennzeichnet (Say'sche Identität), eine Situation der Vollbeschäftigung ist damit nicht notwendigerweise verbunden - ein 'Unterbeschäftigungs-Gleichgewicht' wird also darstellbar, was innerhalb neowalrasianischer Modelle unmöglich ist.⁸) (3) Zur Wiederherstellung einer Situation der Vollbeschäftigung taugt der Preismechanismus nur bedingt. Lediglich unter den speziellen Annahmen des 'klassischen Falles' - namentlich der Annahme einer exogen gegebenen Geldmenge - führt eine Nominallohnreduktion sicher zu einer Erhöhung des Beschäftigungsvolumens. Werden diese Annahmen realistischerweise aufgegeben, dann kann auch eine Politik der Lohnzurückhaltung keine Vollbeschäftigung herbeiführen ('Keynes-Fall'), schlimmstenfalls gar zu einer Verschlechterung der Unterbeschäftigungssituation führen ('Unterkonsumtionsfall').

⁸ Hierzu ist Ende der 60er Jahre eine Reihe von Artikeln erschienen, die den 'Rationierungs-Keynesianismus' begründeten und sich um die Frage nach der Gültigkeit des 'Walras-Gesetzes' drehten: vgl. Clower, Robert; The Keynesian Counter-Revolution: A Theoretical Appraisal; in: Hahn, F.H., Brechling, F.P.R. (Hrsg.); The Theory of Interest Rates, London 1965; Leijonhufvud, Axel; On Keynesian Economics and the Economics of Keynes, Oxford 1968; Rothschild, Kurt W.; Einführung in die Ungleichgewichtstheorie, Berlin 1981.